

Antrag

auf Gewährung von Zuwendungen für die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen des EFRE-Förderprogrammes „VwV-Stadtentwicklung, Abschnitt B“

–

Gestaltung des Bereiches

1. Allgemeines

1.1 An

<i>Nicht vom Antragsteller auszufüllen</i>
Eingangsstempel
Datum des Eingangs
Datum der Entscheidung
Projekt-Nr.

Ich/wir beantrage(n)

eine Finanzierungshilfe für die gewerbliche Wirtschaft nach der „VwV-Stadtentwicklung, Abschn. B“ und der Beihilferichtlinie zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) der Stadt Dresden.

1.2 Antragsteller

Firma	Straße/Hausnummer	
Postleitzahl/Ort/Kreis	Gemeindekennziffer	Bundesland
Telefon/Fax	Name des Bearbeiters	

1.3 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Postleitzahl/Ort
	Steuer-Nr.

1.4 Zuletzt wurden öffentliche Finanzierungshilfen bewilligt bzw. beantragt:
(bspw. De-minimis-Beihilfen)

Investitionszeitraum	Datum des Antrags sowie Datum und Aktenzeichen des Bewilligungsbescheids
Beginn Monat Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	
Beendigung Monat Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	

Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.

☐ nein, es wurden bisher keine öffentlichen Finanzierungshilfen bewilligt bzw. beantragt

1.5 Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu mehr als 25 % im Besitz eines anderen oder mehrerer anderer Unternehmen steht?

☐ nein

☐ ja ➤ Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage):

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

1.6 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen/Jahresumsatz

☐ bis 250

☐ über 250

Jahresumsatz über 40 Mio €

☐ nein

☐ ja

Jahresbilanzsumme über 27 Mio €

☐ nein

☐ ja

Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug?

☐ ja

☐ nein

Wenn **nein**, dann ist die Bestätigung des zuständigen Finanzamtes/Steuerberaters vorzulegen.

Anmerkung: Wenn nein, dann ist eine Förderung auf den Bruttobetrag möglich, bei ja Nettobetragsförderung.

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

Nicht vom Antragsteller auszufüllen

KMU i. S. d. Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (VO (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12.01.2001, Anhang I)

☐ ja

☐ nein

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

Postleitzahl	Ort
Straße und Hausnummer	

Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in Chemnitz?

☐ nein

☐ ja ➤

Geben Sie bitte den Wirtschaftszweig und die Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) an:

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

2.2 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2 bezeichneten Vorhabens (als Anlage beifügen)

Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. die Absatzperspektive) sind in einer Anlage darzustellen, die auch die einzelnen Wirtschaftsgüter aufweist. Dabei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z. B. Beteiligungen, Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten, Produktionsziffern, Kapazitätsauslastung, Umsatz) einzugehen.

2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik

Beschreibung der gewerblichen Tätigkeit

Wenn sich die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige erstreckt, bitte nähere Angaben: Z. B. prozentualer Anteil am Umsatz, erforderlichenfalls in einer Anlage.

Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und Leistungen

Bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil des Absatzes nach Kreisen, Bundesländern und Ausland, erforderlichenfalls in einer Anlage. Diese Angaben sind erforderlich, falls der überregionalen Absatz zu bewerten ist. Sie sind ggf. in geeigneter Form nachzuweisen.

Nicht vom Antragsteller auszufüllen

Die zu fördernde Betriebsstätte erfüllt die Merkmale der GA-Förderung:

- gemäß Positivliste

☐ ja

☐ nein

- gemäß Einzelfallnachweis (vgl. geltenden Rahmenplan)

☐ ja

☐ nein

3. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen

3.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu Investitionsbeginn

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl 4	Ausbildungsplätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

("Dauerarbeitsplätze" müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich besetzt werden)

Anzahl der geplanten zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl 4	Ausbildungsplätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

Anzahl der geplanten gesicherten Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl 4	Ausbildungsplätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

4. Investitionskosten, ohne MWSt. (Vorlage von Kostenangeboten)

4.1	• Gesamtinvestitionen in € (Summe 4.2 – 4.10), ohne MWSt.	
4.2	• Kosten des Grundstückserwerbs	
4.3	• Investitionen der Ersatzbeschaffung	
4.4	• Anschaffungs- und Herstellungskosten für Fahrzeuge	
4.5	• Gebrauchte Wirtschaftsgüter	
4.6	• Veräußerungserlöse bei Betriebsverlagerungen	
4.7	• Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerungen	
	Gesamt in € (Summe 4.2 – 4.7), ohne MWSt.	

4.8	• Anschaffungs- /Herstellungskosten (investive Maßnahmen)	
4.9	• nicht investive Maßnahmen	
4.10	• Anschaffungskosten zu leasender Wirtschaftsgüter	
	Gesamt in € (Summe 4.8 – 4.10), ohne MWSt.	

5. Zeitliche Durchführung der Investition

Maßnahmebeginn:

Tag		Monat		Jahr	

Maßnahmeende

Tag		Monat		Jahr	

6. Investitionen über mehrere Jahre (max. 36 Kalendermonate, aber höchstens bis zum 31.12.2006)

Aufstellung der Investitionskosten	
Jahr	Betrag (€)

7. Finanzierung

• Eigenmittel (€)	
• Fremdmittel, einschließlich aller Finanzierungshilfen (€)	
Gesamtfinanzierung (€) (Mit Nachweis der Durchfinanzierung des Vorhabens anhand Bestätigung der Hausbank) <div style="float: right;">=====</div>	

➤ Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muß der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

8. Erklärungen

8.1 Ich/wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben

8.2 Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.

8.3 Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.

Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

8.5 Mir/uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.

8.6 Mir/uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988, Amtsblatt der EG Nr. L 185 vom 15. Juli 1988 in Verbindung mit den Verordnungen (EWG) Nr. 4253/88 und 4254/88 vom 19. Dezember 1988, Amtsblatt der EG Nr. L 374 vom 31. Dezember 1988, zuletzt geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 2082/93 und 2083/93 des Rates vom 20. Juli 1993, Amtsblatt EG Nr. L 193 vom 31. Juli 1993, Anwendung findet. Nach Artikel 32 der Verordnung 4253/88 in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2082/93 des Rates vom 20. Juli 1993, Amtsblatt der EG Nr. L 193 vom 31. Juli 1993, hat die für die Durchführung einer gemeinschaftlich finanzierten Aktion zuständige Gebietskörperschaft für eine angemessene Publizität zu sorgen, um insbesondere die potentiellen Empfänger der Zuschüsse und die Öffentlichkeit auf die Rolle der Gemeinschaft als "Mitfinanzierer" aufmerksam zu machen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

8.7 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1. der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel